

SATZUNG

für den

**TENNISCLUB ROT-WEISS
ROTENBURG**

an der Fulda e.V.

Stand : 27. März 1992

S A T Z U N G
für den
TENNISCLUB ROT-WEISS ROTENBURG
a. d. Fulda e. V.

Inhaltsübersicht

	Seite
§ 1 Name und Sitz des Vereins	- 2 -
§ 2 Zweck des Vereins	- 2 -
§ 3 Erwerb der Mitgliedschaft	- 2 -
§ 4 Beendigung der Mitgliedschaft	- 3 -
§ 5 Aufnahmegebühren und Beiträge	- 4 -
§ 6 Organe des Vereins	- 4 -
§ 7 Vorstand	- 5 -
§ 8 Erweiterter Vorstand	- 5 -
§ 9 Mitgliederversammlung	- 6 -
§ 10 Kassenprüfung	- 7 -
§ 11 Beurkundung der Beschlüsse	- 7 -
§ 12 Auflösung des Vereins	- 7 -
§ 13 Schlussbestimmungen	- 8 –
§ 14 Inkrafttreten	- 8 –

§ 1

Name und Sitz des Vereins

Der Verein führt den Namen "Tennisclub Rot-Weiß Rotenburg a.d.F. e.V.", hat seinen Sitz in Rotenburg und ist beim Amtsgericht Rotenburg in das Vereinsregister eingetragen. Der Gerichtsstand des Vereins für alle Beteiligten ist Rotenburg. Das Geschäftsjahr des Vereins ist das Kalenderjahr.

§ 2

Zweck des Vereins

Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung. Er dient der Pflege und der Förderung des Tennissports in Rotenburg.

Der Erreichung dieses Ziels dienen:

- a) Die Anschaffung (Erwerb oder Pacht) und Unterhaltung von Tennisanlagen und der dazu erforderlichen Geräte und Materialien,
- b) Pflege des Tennissports durch Übungs- und Wettkampfturniere sowie Teilnahme an sportlichen Veranstaltungen,
- c) Pflege der Geselligkeit unter den Mitgliedern.

Weil der Verein selbstlos tätig ist und nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke verfolgt, dürfen Beiträge und sonstige Einnahmen nur für die vorgenannten Zwecke Verwendung finden.

Die Mitglieder seiner Organe arbeiten ehrenamtlich. Sie erhalten im Einzelfall und nur auf Nachweis lediglich Aufwendungsersatz.

§ 3

Erwerb der Mitgliedschaft

Mitglieder des Vereins können natürliche Personen als aktive und passive sowie juristische Personen als passive Mitglieder werden, sofern sie die Zwecke des Vereins unterstützen wollen. Die Aufnahme des Mitglieds erfolgt auf schriftlichen Antrag durch einfachen Mehrheitsbeschluss des erweiterten Vorstands.

Bei Anträgen Minderjähriger ist dafür die schriftliche Zustimmung der gesetzlichen Vertreter Voraussetzung.

Lehnt der erweiterte Vorstand die Aufnahme ab, kann der/die Betroffene die Entscheidung der Mitgliederversammlung verlangen. Deren Entscheidung ist endgültig und bedarf keiner Begründung.

Die Mitgliedschaft wird wirksam durch schriftlichen Bescheid des Vorstandes und durch die Entrichtung der Aufnahmegebühr und des ersten Beitrags. Dem Bescheid des Vorstands ist die Satzung beizufügen.

Bei der Mitgliedschaft werden unterschieden:

- a) aktive Mitglieder
- b) passive Mitglieder
- c) Ehrenmitglieder

Die Ehrenmitgliedschaft wird durch eine Mitgliederversammlung beschlossen und durch den Vorstand ausgesprochen.

Die persönlichen Daten können durch EDV erfasst und für ausschließlich vereinsinterne Zwecke verwendet werden.

§ 4

Beendigung der Mitgliedschaft

Die Mitgliedschaft wird beendet durch:

- a) freiwilligen Austritt
- b) Ausschluss
- c) Streichung von der Mitgliederliste
- d) Tod

Zu a) Der freiwillige Austritt kann nur durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Vorstand unter Einhaltung einer Frist von einem Monat bis zum 31. Dezember des laufenden Jahres erfolgen. Das ausscheidende Mitglied bleibt bis zu diesem Zeitpunkt verpflichtet, Mitgliedsbeiträge zu bezahlen.

Zu b) Ein Mitglied kann, wenn es gegen die Vereinsinteressen schwer verstoßen hat, mit sofortiger Wirkung durch den erweiterten Vorstand ausgeschlossen werden. Vor Beschlussfassung ist dem betreffenden Mitglied unter Setzung einer angemessenen Frist Gelegenheit zu geben, sich zu rechtfertigen. Der Ausschlussbeschluss mit den Ausschlussgründen ist dem betreffenden Mitglied mittels eingeschriebenen Briefes durch den Vorstand bekannt zu machen. Gegen den Beschluss steht dem Mitglied das Recht der Berufung an die Mitgliederversammlung zu. Die Berufung muss binnen einer Frist von einem Monat nach Erhalt des Ausschlussbeschlusses eingelegt werden.

Die nächste Mitgliederversammlung entscheidet endgültig. Der Ausschluss befreit jedoch nicht von der Beitragspflicht bis zum Ende des laufenden Geschäftsjahres.

Zu c) Ein Mitglied kann durch Beschluss des erweiterten Vorstandes von der Mitgliederliste gestrichen werden, wenn es mit der Zahlung von mehr als zwei Jahresbeiträgen in Rückstand ist. Die Streichung ist dem Mitglied schriftlich mitzuteilen.

Zu d) Bei Tod eines Mitgliedes erlöschen die Mitgliedsrechte und -pflichten.

Bei Beendigung der Mitgliedschaft sind die Daten des Mitgliedes zu löschen.

§ 5

Aufnahmegebühren und Beiträge

Über die Höhe der Aufnahmegebühren und der jährlichen Mitgliedsbeiträge entscheidet die Mitgliederversammlung. Die jeweils gültigen Beitragssätze sind im Clubraum auszuhängen. Der erweiterte Vorstand kann in besonderen Härtefällen von der bestehenden Beitragsfestsetzung für einzelne Mitglieder abweichen. Ehrenmitglieder sind von der Beitragspflicht befreit. Der Vorstand ist berechtigt, die Beiträge im Lastschriftverfahren einzuziehen.

Zur Finanzierung und Durchführung besonderer Maßnahmen kann die Mitgliederversammlung auf Antrag des erweiterten Vorstandes Sondergeldbeiträge und/oder Sonderarbeitsleistungen beschließen. Der Beschluss bedarf der Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen.

§ 6

Organe des Vereins

Organe des Vereins sind:

- a) der Vorstand
- b) der erweiterte Vorstand
- c) die Mitgliederversammlung

§ 7

Der Vorstand

Vorstand des Vereins im Sinne des § 26 BGB sind der/die 1 Vorsitzende und der/die 2. Vorsitzende. Die Mitglieder des Vorstandes werden für zwei Jahre gewählt; sie haben Einzelvertretungsbefugnis. Zu Rechtsgeschäften, mit denen Verpflichtungen von mehr als 5000,- DM eingegangen werden, bedürfen die Vorsitzenden der Zustimmung des erweiterten Vorstandes.

§ 8

Der erweiterte Vorstand

In den erweiterten Vorstand werden neben dem/der 1. Vorsitzenden und dem/der 2. Vorsitzenden auf die Dauer von zwei Jahren gewählt:

- a) Finanzwart(in)
- b) Sportwart(e), Sportwartin(nen)
- c) Jugendwart(e), Jugendwartin(nen)
- d) Schriftführer(in) und Pressewart(in)
- e) Aktionswart(in)

Der erweiterte Vorstand fasst seine Beschlüsse in Sitzungen, die von dem/der 1. oder 2. Vorsitzenden schriftlich unter Angabe der Tagesordnung einberufen werden. Beschlussfähigkeit liegt vor, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder anwesend ist. Davon muss mindestens ein Mitglied dem Vorstand (§ 7) angehören. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst.

Sitzungen sind einzuberufen, wenn das Interesse des Vereins es erfordert oder wenn ein Drittel des erweiterten Vorstands die Einberufung unter Angabe des Zwecks und der Gründe von dem/der 1. oder 2. Vorsitzenden schriftlich verlangt. Sitzungen des erweiterten Vorstands sind auch spätestens 14 Tage vor einer ordentlichen oder außerordentlichen Mitgliederversammlung abzuhalten.

Dem erweiterten Vorstand obliegt die Führung der Geschäfte des Vereins und die Entscheidung über Aufnahme und Ausschluss von Mitgliedern. Die Vereinigung von zwei Ämtern in einer Person ist unzulässig. Der Vorstand bleibt im Amt bis zur Wahl des neuen Vorstands.

Für bestimmte Funktionen können von der Mitgliederversammlung weitere Vereinsmitglieder gewählt werden. Auch der Vorstand kann einzelnen Vereinsmitgliedern Aufgaben übertragen.

§ 9

Mitgliederversammlung

Die ordentliche Mitgliederversammlung ist das höchste Organ des Vereins. Sie kann über alle Angelegenheiten des Vereins Beschlüsse fassen. Der Vorstand und der erweiterte Vorstand sind an diese Beschlüsse gebunden, soweit diese nicht gegen Gesetz, die guten Sitten oder diese Satzung verstoßen.

Die ordentliche Mitgliederversammlung findet mindestens einmal jährlich im ersten Quartal statt. Ihr obliegen vor allem die Entgegennahme der Jahresberichte und der Einnahmen- und Ausgabenrechnung des erweiterten Vorstandes und dessen Entlastung. Weitere Aufgaben sind:

- a) die Wahl der Vorstandsmitglieder (alle zwei Jahre),
- b) die Festsetzung der Jahresbeiträge und Aufnahmegebühren,
- c) die Wahl der Kassenprüfer,
- d) die Beschlussfassung über Satzungsänderungen und Auflösung des Vereins.

Außerordentliche Mitgliederversammlungen sind zu berufen, wenn das Interesse des Vereins es erfordert oder die Berufung von einem Fünftel sämtlicher Vereinsmitglieder schriftlich unter Angabe des Zwecks und der Gründe vom Vorstand verlangt wird.

Die Mitgliederversammlungen sind vom Vorstand schriftlich unter Angabe der Tagesordnung und unter Einhaltung der Frist von zehn Tagen einzuberufen. Anträge müssen spätestens drei Tage vor der Versammlung dem Vorsitzenden schriftlich zugestellt werden.

Versammlungen sind beschlussfähig, wenn zehn Prozent der stimmberechtigten Mitglieder anwesend sind. Sie fassen im allgemeinen ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Zu Satzungsänderungen ist jedoch eine Stimmenmehrheit von drei Vierteln der Stimmberechtigten, zur Auflösung eine solche von neun Zehnteln erforderlich.

Stimmberechtigt sind alle erschienenen Mitglieder, die das 18. Lebensjahr vollendet haben.

Grundsätzlich wird offen abgestimmt. Die Abstimmung muss jedoch geheim durchgeführt werden, wenn ein Mitglied dies verlangt.

§ 10

Kassenprüfung

In der Mitgliederversammlung sind alle zwei Jahre in Verbindung mit der Wahl des Vorstandes zwei Kassenprüfer zu wählen. Ihnen obliegt es, nach Ablauf des Geschäftsjahres die finanziellen Verhältnisse einschließlich der Kassen- und Kontenführung zu überprüfen.

Über das Ergebnis der Kassenprüfung ist in der Mitgliederversammlung zu berichten.

In Mitgliederversammlungen, in denen Neuwahlen stattfinden, stellen die Kassenprüfer den Antrag auf Entlastung des Gesamtvorstandes.

§ 11

Beurkundung der Beschlüsse

Die gefassten Beschlüsse des erweiterten Vorstands und der Mitgliederversammlungen sind schriftlich niederzulegen und von dem/der jeweiligen Versammlungsleiter/in und dem/der Protokollführer/in der Sitzung zu unterzeichnen.

§ 12

Auflösung des Vereins

Die Auflösung des Vereins kann nur in einer Mitgliederversammlung mit der in § 9 festgelegten Stimmenmehrheit beschlossen werden. Sofern die Mitgliederversammlung nicht besondere Liquidatoren bestellt, werden der/die 1. und 2. Vorsitzende gemeinsam vertretungsberechtigte Liquidatoren.

toren. Diese haben die laufenden Geschäfte abzuwickeln und das vorhandene Vereinsinventar in Geld umzusetzen.

Im Falle einer Auflösung des Vereins oder bei Wegfall des bisherigen Satzungszweckes fällt das Vereinsvermögen an die Stadt Rotenburg mit der ausdrücklichen Auflage, es ausschließlich für gemeinnützige sportliche Zwecke der Stadt Rotenburg a. d. F. zu verwenden.

§ 13

Schlussbestimmungen

Soweit diese Satzung Einzelfragen des Vereinslebens und der Vereinsführung nicht ausdrücklich

regelt, sind die gesetzlichen Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches, die Satzungsbestimmungen des Landessportbundes Hessen e.V. oder des Hessischen Tennisverbandes e.V. entsprechend anzuwenden.

§ 14

Inkrafttreten

Diese geänderte Satzung wurde am 27. März 1992 beschlossen und tritt mit der Eintragung der Änderungen in das Vereinsregister in Kraft. Vereinsintern ist sie seit der Beschlussfassung in Kraft.

Rotenburg an der Fulda, den 27. März 1992